

Deutliche Worte vom VSM

Dr. Reinhard Lücken, Hauptgeschäftsführer des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik (VSM), hat in der jüngsten Ausgabe der Verbandsnachrichten vor dem Hintergrund des in unserem Land vorherrschenden politischen Mainstreams deutliche zusammenfassende Worte zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zur Situation der

Foto: VSM



Deutschen Marine und zur Problematik der Rüstungsexporte geäußert. Das alles natürlich mit Blick auf die von ihm vertretene Branche, aber mit einer Direktheit, die hierzulande eher selten geworden ist – zumindest öffentlich.

Generell beklagt Lücken, dass mehr Symbolpolitik als Kompetenz sowie mehr Getöse als Substanz die politischen Diskussionen bestimmten oder zumindest als vorherrschend wahrgenommen würden. Trotz der Wichtigkeit konstruktiver Lösungen im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen und dem Thema „Innere Sicherheit“, stünden aber auch noch andere, mindestens ebenso wichtige Themen auf der politischen Tagesordnung: Zum Beispiel die Gewährleistung unserer äußeren Sicherheit. Dazu Lücken: „Unserer Marine gelingt es trotz der weniger gewordenen Flaggenstöcke gerade noch so, der Menge an internationalen Verpflichtungen und Aufgaben nachzukommen. Jahrzehnte verfehlter Schrumpf- und Sparpolitik rächen sich. Es mangelt aber nicht nur an vernünftiger Ausrüstung, es mangelt mindestens genauso an einer offenen gesellschaftlichen Debatte mit einem klaren Bekenntnis zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Deutschland.

Zwar basieren die zahlenmäßig stark zugenommenen Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Marine inzwischen auf einem recht breiten gesellschaftlichen Konsens. Deutschland soll – auch sicherheitspolitisch – durchaus mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Dieser Konsens schließt die optimale Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten ein – nur, wo sie herkommen soll, das wird lieber ausgeblendet. Denn die dazu zwingend erforderlichen und in Deutschland noch vorhandenen industriellen Fähigkeiten und Kapazitäten werden ganz über-

wiegend äußerst kritisch verfolgt. Wird die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie in den Medien behandelt, dann wird sie oft als unfähig, unmoralisch oder sogar korrupt dargestellt. Wie der Strom aus der Steckdose, so kommt die Bewaffnung unserer Streitkräfte wohl aus dem Depot. Dabei ist die im internationalen Vergleich sehr hohe Leistungsfähigkeit und Effizienz unserer inländischen

Industrie einer der wertvollsten Beiträge zur multilateralen Sicherheitsarchitektur, den Deutschland einbringen kann. Unsere Stärke liegt seit jeher in der Technologie und der Systemfähigkeit! Leider ist aber eine konsequente, verlässliche Nutzung unserer eigenen Kernkompetenzen, zumindest nach den laufenden öffentlichen Debatten zu urteilen, immer noch verwerflich. An der politischen Tagesordnung sind Klagen über die Versäumnisse (alleine) der Industrie sowie das Bestehen auf eine der restriktivsten Exportgenehmigungspraxen weltweit.

Bei den Rüstungsexporten reagieren Teile der deutschen Politik nach Pawlowscher Art als rede man von der Inkarnation des Bösen. Das zu ändern, erfordert politischen Mut. Ein aufgeklärtes Verhältnis nicht nur zur Bundeswehr, sondern auch zur Industrie, die sie ausrüstet, wäre auch in Deutschland mehr als an der Zeit. Verbale Attacken mit Binsenweisheiten wie „Wir kaufen, was wir brauchen, nicht was uns angeboten wird“, kombiniert mit einer unilateralen Flucht in die europäische Ausschreibung ist eine armselige Alternative. Wer meint, wichtige industrielle Fähigkeiten in Deutschland – mit die letzten umfassenden turn-key-Fähigkeiten unseres Industriestandortes – als Opfergabe für eine intensivere europäische Rüstungszusammenarbeit anbieten zu müssen, beschädigt nicht nur die eigene Volkswirtschaft, sondern auch ein wertvolles Asset für die europäische Verteidigung.

Auch auf diesem Feld wird es höchste Zeit, dass Substanz, Sachkompetenz und Verlässlichkeit wieder die Oberhand gewinnen. Die kurzfristige Umsetzung des Koalitionsvertrages mit der Einordnung des Überwasserschiffbaus als Schlüsseltechnologie wäre dafür der erste wichtige Schritt.“

hjj

Siemens in Cuxhaven

In Cuxhaven ist von Siemens-Gamesa nach einer Investition in Höhe von 200 Mio. Euro eine neue Produktionshalle für die Herstellung von Offshore-Windturbinen mit einer Nutzfläche von 56.000 m² in Betrieb genommen worden. Die Fertigung hat mit dem Bau von Anlagen für den belgischen

Foto: Siemens



Das neue Werk für Windturbinen in Cuxhaven

Windpark Rentel bereits begonnen. Außerdem konnte sich Siemens-Gamesa einen Großauftrag zur Lieferung von Windturbinen für den dänischen Offshore-Windpark Hornsea Project Two sichern. Die neue Fertigung in Cuxhaven umfasst die Endmontage von Generatoren, Naben und Gondel-Rückteilen, die zu kompletten Maschinenhäusern für Offshore-Windenergieanlagen zusammengeführt werden. Bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze sollen damit in der Küstenregion geschaffen werden. Cuxhaven wird mit dem neuen Werk als Versorgungsstandort für die Offshore-Windindustrie erheblich ausgebaut und aufgewertet. **hjj**

Mehrzweckschiffe ausgeschrieben

Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes hat den Bau von zwei Mehrzweckschiffen als Ersatz für die noch in Fahrt befindlichen „Scharhorn“ und „Mellum“ europaweit ausgeschrieben. Diese in die Jahre gekommenen Fahrzeuge werden derzeit noch im Rahmen der maritimen Notfallvorsorge in Nord- und Ostsee vorgehalten. Die beiden Ersatzbauten werden ausschließlich mit Flüssigerdgas (LNG) angetrieben und erhalten ein Hubschrauberlandedeck. Die endgültige Auftragsvergabe steht am Ende eines mehrstufigen Verfahrens. Als Bauzeit werden zwei Jahre angesetzt. Das Ersatzschiff für die „Scharhorn“ wird nach Ablieferung in der Nordsee eingesetzt und die bis dahin in Helgoland stationierte „Neuwerk“ wird in die Ostsee verlegt. Heimat auch der neuen „Mellum“ bleibt Wilhelmshaven. **hjj**